

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 3. Juni 1992

am Donnerstag, dem 4. Juni 1992

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU)	28, 29	Kubatschka, Horst (SPD)	36, 48
Bindig, Rudolf (SPD)	20	Dr. Kübler, Klaus (SPD)	12, 21
Dr. Briefs, Ulrich (fraktionslos)	3, 45	Dr. Leonhard-Schmid, Elke (SPD)	58, 59
Bulmahn, Edelgard (SPD)	54, 55	Lowack, Ortwin (fraktionslos)	18, 19
Conradi, Peter (SPD)	22, 23	Dr. Lucyga, Christine (SPD)	34, 35
Duve, Freimut (SPD)	24, 25	Dr. Meyer, Jürgen (Ulm) (SPD)	60, 61
Erlner, Gernot (SPD)	56, 57	Mosdorf, Siegmur (SPD)	52, 53
Fritz, Erich G. (CDU/CSU)	39, 40	Dr. Otto, Helga (SPD)	5, 6
Göttsehing, Martin (CDU/CSU)	16, 17	Dr. Ramsauer, Peter (CDU/CSU)	62, 63
Gres, Joachim (CDU/CSU)	41, 42	Reichenbach, Klaus (CDU/CSU)	30, 31
Dr. Hirsch, Burkhard (F.D.P.)	32, 33	Dr. Seifert, Ilja (PDS/Linke Liste)	46, 47
Homburger, Birgit (F.D.P.)	37, 38	Steen, Antje-Marie (SPD)	26, 27
Jäger, Claus (CDU/CSU)	9	Stiegler, Ludwig (SPD)	49, 50
Jäger, Renate (SPD)	64, 65	Verheugen, Günter (SPD)	43, 44
Kampeter, Steffen (CDU/CSU)	2	Wallow, Hans (SPD)	4, 51
Kastner, Susanne (SPD)	13, 14	Weis, Reinhard (Stendal) (SPD)	7, 8
Kirschner, Klaus (SPD)	10, 11	Dr. Wetzcl, Margrit (SPD)	1, 15

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	3
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Familie und Senioren	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation	7
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	7
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	8
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	13
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	14
Geschäftsbereich des Bundesministers für Frauen und Jugend	15

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

1. Abgeordnete
Dr. Margrit Wetzels
(SPD)

Aus welchen Gründen werden für die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes die folgenden Ortsumgehungen der B 73 Cuxhaven — West Otterndorf, West Otterndorf — West Cadenberge (Ortsumgehung Otterndorf), Cadenberge und Hammoor — Himmelpforten, nicht aber die Ortsumgehung Nord/Himmelpforten — Stade/Kaisereichen einem neuen Bewertungsverfahren unterzogen?
2. Abgeordneter
Steffen Kampeter
(CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die offensive Werbung der Deutschen Bundesbahn für Behinderte vor dem Hintergrund, daß z. B. eine Gruppe behinderter Kinder aus einer Schule für Körperbehinderte im Kreis Minden-Lübbecke an einem von der Bahn ausgeschriebenen Wettbewerb („Wir fahren Bahn“) nicht teilnehmen konnte, weil auf vielen Verbindungen der Transport behinderter Fahrgäste nur im Gepäckraum möglich ist und so der Aufforderung „Wir fahren Bahn“ nur unter entwürdigenden Bedingungen Folge geleistet werden kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

3. Abgeordneter
Dr. Ulrich Brieß
(fraktionslos)

Welche Schlußfolgerungen für das Mietrecht zieht die Bundesregierung aus dem Votum der knapp 50 000 Dresdenerinnen und Dresdenern, die sich einem Bürgerbegehren für einen „Mietenstopp in Dresden bis 1994“ angeschlossen haben?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers
und des Bundeskanzleramtes**

4. Abgeordneter
**Hans
Wallow**
(SPD)
- Welche weitergehenden Zukunftsvorstellungen für die Bundeswehr hatte der Bundeskanzler, als er anlässlich der 33. Kommandeurtagung der Bundeswehr in Leipzig sagte: „Aber Deutschland kann und darf sich nicht auf Dauer der Pflicht entziehen, auch an Operationen zur Wahrung und Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit teilzunehmen.“?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

5. Abgeordnete
**Dr. Helga
Otto**
(SPD)
- Trifft ein Bericht in der Zeitschrift „DER SPIEGEL“ zu (Heft 13, 1992), wonach der Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Bereinigung von SED-Unrecht denjenigen Personenkreis von einer Entschädigung ausnimmt, der durch Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht jenseits der Oder deportiert wurde, was zur Folge hat, daß die Zufälligkeit des Ortes zu einer rechtlichen Schlechterstellung führt?
6. Abgeordnete
**Dr. Helga
Otto**
(SPD)
- Ist sich die Bundesregierung darüber bewußt, daß mit einer solchen Regelung – vor allem für die vielen deportierten Frauen, die zahlloses Unrecht erleiden mußten – der damalige Unrechtszustand manifestiert wird, weil andere, die diesseits der Oder deportiert wurden, Entschädigungen erhalten?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

7. Abgeordneter
**Reinhard
Weis
(Stendal)**
(SPD)
- Wird die Bundesregierung auf der kommenden Tagung der Internationalen Walfangkommission am 29. Juni 1992 (IWC), bei der unter anderem der Entwurf eines neuen Walfangsystems (Revised Management Procedure) auf der Tagesordnung steht, für die Fortführung des bestehenden Walfangmoratoriums stimmen, wenn nein, warum nicht?
8. Abgeordneter
**Reinhard
Weis
(Stendal)**
(SPD)
- Wird die Bundesregierung auf der IWC-Tagung dem französischen Antrag zustimmen, die Meere um die Antarktis bis zum 40. Grad südlicher Breite zum Walfangschutzgebiet zu erklären, wenn nein, warum nicht?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Familie
und Senioren**

9. Abgeordneter
**Claus
Jäger**
(CDU/CSU)
- Wie viele ungeborene Kinder sind nach den Erkenntnissen der Bundesregierung in der Bundesrepublik Deutschland seit 1983 und seit 1991 im wiedervereinigten Deutschland insgesamt getötet worden, und wie bewertet die Bundesregierung diese Zahl von Ungeborenentötungen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit

10. Abgeordneter
**Klaus
Kirschner**
(SPD)
- Treffen Berichte der „Wirtschaftswoche“ zu, daß aus öffentlichen Kassen für die Bundesbetriebskrankenkassen bei der Deutschen Bundespost, der Deutschen Bundesbahn und beim Bundesministerium für Verkehr über die Personalkosten hinaus weitere Kosten übernommen werden?

11. Abgeordneter
**Klaus
Kirschner**
(SPD)

Wenn ja, wie beurteilt der Bundesminister für Gesundheit als Aufsichtsbehörde dies, da nach § 147 Abs. 2 SGB V nur die Personalkosten vom Arbeitgeber übernommen werden dürfen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

12. Abgeordneter
**Dr. Klaus
Kübler**
(SPD)

Aus welchem Verhalten der USA leitet die Bundesregierung ihre Meinung ab, die sie durch den Staatsminister im Bundeskanzleramt vergangene Woche in einer Zeitschrift zum Ausdruck brachte, die USA vor Kritik in Schutz zu nehmen, die sich dagegen richtet, daß die USA im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland, zur EG und anderen Industrienationen nicht bereit sind, eine Klimakonvention auf dem Rio-Gipfel zu verabschieden, und bedeutet dies ein Einschwenken der Klimaschutzpolitik der Bundesrepublik Deutschland auf die der USA?

13. Abgeordnete
**Susanne
Kastner**
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß im Mai diesen Jahres Fässer mit giftigem Müll aus der Bundesrepublik Deutschland in Hermannstadt (Rumänien) gefunden wurden, und wie stellt sich die Bundesregierung zu einer Rückführung und Entsorgung dieser Giftmüllfässer angesichts der Tatsache, daß die Bundesrepublik Deutschland die Baseler Konvention nicht unterschrieben hat?

14. Abgeordnete
**Susanne
Kastner**
(SPD)

Denkt die Bundesregierung nun daran, in der Frage des Exports von gefährlichen Stoffen tätig zu werden, und wie stellt sie sich z. B. die Ermittlung der Verursacher in dieser Frage vor?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Post
und Telekommunikation**

15. Abgeordnete
**Dr. Margrit
Wetzel**
(SPD)
- Wie viele zeittaktbefreite Rufnummern für Kinder- und Jugendtelefone gibt es in der Bundesrepublik Deutschland, und welchen Einzugsbereich umfassen diese jeweils?
16. Abgeordneter
**Martin
Göttsching**
(CDU/CSU)
- Warum vergibt TELEKOM einen Großauftrag über 140 Typengebäude für Fernmeldevermittlungsanlagen an ein Großunternehmen der alten Bundesländer, das diese auch in einem Werk der alten Bundesländer produzieren will, obwohl bislang elf solcher Typengebäude in der Umgebung Dresdens als konventioneller Bau von örtlichen Baufirmen erfolgreich errichtet worden sind, und warum werden alle Lüftungsarbeiten an Firmen in den alten Bundesländern vergeben?
17. Abgeordneter
**Martin
Göttsching**
(CDU/CSU)
- Warum berücksichtigte die TELEKOM bei der weiteren Bauausführung nicht die Erfahrung der örtlichen Bauunternehmen, obwohl sich deren Bauqualität zusehends verbesserte, und stimmt es, daß zur Umgehung der Pflicht, Betriebe der neuen Bundesländer zu berücksichtigen, die Verträge nachträglich verändert und an Turnekey-Unternehmen übergeben wurden?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

18. Abgeordneter
**Ortwin
Lowack**
(fraktionslos)
- Welche Zusagen bzw. welches in Aussichtstellen durch Mitglieder des Bundeskabinetts sind Grundlagen der israelischen Forderungen nach verbürgten Krediten bzw. Zahlungen Deutschlands, wie sie in letzter Zeit von offizieller israelischer Seite erhoben werden?
19. Abgeordneter
**Ortwin
Lowack**
(fraktionslos)
- Hat die Bundesregierung eine Erklärung dafür, daß die Bundesrepublik Deutschland keinen einzigen Vorsitzenden oder stellvertretenden Vorsitzenden in folgenden, für die politische Arbeit

besonders wichtigen Ausschüssen des Europäischen Parlaments stellt: Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten und Sicherheit, Ausschuß für Wirtschaft, Währung und Industriepolitik, Ausschuß für Energie, Forschung und Technologie, Ausschuß für soziale Angelegenheiten, Beschäftigung und Arbeitsumwelt, Ausschuß für Regionalpolitik, Raumordnung und Beziehungen zu den regionalen und lokalen Körperschaften, Ausschuß für Kultur, Jugend, Bildung und Medien, institutioneller Ausschuß, Ausschuß „Delors II“ u. a.?

20. Abgeordneter
**Rudolf
Bindig**
(SPD)

Wie und auf welcher Ebene hat die Bundesregierung, falls Informationen zutreffen, dagegen protestiert, daß am 18. März 1992 Bahman Samandari, ein Angehöriger der Baha'i-Religion, im Teheraner Evin-Gefängnis hingerichtet wurde, und die Hinrichtung allein aufgrund seiner Zugehörigkeit zum Baha'i-Glauben erfolgte?

21. Abgeordneter
**Dr. Klaus
Kübler**
(SPD)

Wie wird die Bundesregierung auf die Vorwürfe reagieren, daß ein deutscher Hilfskonvoi mit Hilfsgütern, der deutschen zivilen Hilfsorganisationen im kurdischen Nordirak zur Hilfe für irakische Kurden übergeben werden sollte, nach Aussage türkischer Behörden angeblich Material für militärische Zwecke transportiert habe, was für die türkischen Stellen Anlaß war, eine große Pressekampagne gegen die Bundesrepublik Deutschland zu entfachen, und was wird die Bundesregierung unternehmen, daß die türkische Seite bereit ist, ihre teilweise sehr unfreundliche Politik gegenüber der Bundesrepublik Deutschland zu ändern?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

22. Abgeordneter
**Peter
Conradi**
(SPD)

Wie rechtfertigt die Bundesregierung Berufsverbotsverfahren gegen westdeutsche Beamte, die der DKP angehört oder für sie kandidiert haben angesichts der Tatsache, daß aktive Mitglieder der SED und heutigen PDS im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik Deutschland tätig sind, unter anderem auch solche, die für das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR tätig waren?

23. Abgeordneter
**Peter
Conradi**
(SPD)
- Wie viele Berufsverbotsverfahren sind zur Zeit noch anhängig, und ist die Bundesregierung bereit, den Bundesdisziplinaranwalt anzuweisen, die noch laufenden Berufsverbotsverfahren wegen Mitgliedschaft in oder Kandidatur für die DKP einzustellen?
24. Abgeordneter
**Freimut
Duve**
(SPD)
- Weiß die Bundesregierung von Vorwürfen des Bundesrechnungshofes (BRH), der Verein für das Deutschtum im Ausland e. V. (VDA) habe Ausschreibungen und Belege gefälscht, öffentliche Gelder veruntreut und die Vergaberichtlinien für öffentliche Gelder mißachtet, und wie bewertet die Bundesregierung diese Ergebnisse von Recherchen des BRH?
25. Abgeordneter
**Freimut
Duve**
(SPD)
- Kann die Bundesregierung ein solches Handeln des VDA ausschließen, und wo sind öffentliche Mittel geblieben, die zur Einrichtung von VDA-Büros in Bischkek und Barnaul vorgesehen waren, die aber nachweislich nie eingerichtet worden sind?
26. Abgeordnete
**Antje-Marie
Steen**
(SPD)
- Wie begründet die Bundesregierung nach wie vor das Festhalten an der Einrichtung eines Hilfskrankenhauses in Oldenburg in Ostholstein, obwohl die politische Lage als eindeutig entspannt gilt?
27. Abgeordnete
**Antje-Marie
Steen**
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Gelder für Hilfskrankenhäuser, deren Errichtung eindeutig einen militärischen Hintergrund haben, besser für sinnvolle Maßnahmen im Katastrophenschutz eingesetzt werden und den im Katastrophenschutz erfahrenen Hilfsorganisationen zur Verfügung gestellt werden sollten?
28. Abgeordneter
**Jürgen
Augustinowitz**
(CDU/CSU)
- Ist eine Kompetenzverlagerung vom Deutschen Bundestag auf den EG-Ministerrat durch das Abkommen von Maastricht mit Blick auf Artikel 20 und Artikel 79 Abs. 3 GG verfassungsrechtlich zulässig?
29. Abgeordneter
**Jürgen
Augustinowitz**
(CDU/CSU)
- Welche rechtliche bzw. völkerrechtliche Wirkung hätte eine ergänzende Entschließung des Deutschen Bundestages zu den Verträgen von Maastricht bei gleichzeitiger Ratifizierung des Gesamtabkommens?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

30. Abgeordneter
Klaus Reichenbach
(CDU/CSU)
- Wo liegen nach Ansicht der Bundesregierung die Gründe dafür, daß es bis zu einem Jahr dauern kann, ehe die Treuhandanstalt offensichtlich begründete Anfragen auf Rückgabe von Unternehmen bzw. der übriggebliebenen Sachwerte entscheidet, und wieso entscheiden die Landesämter zur Regelung offener Vermögensfragen derzeit nicht über Anträge auf Unternehmensrückgabe einschließlich der Folgeansprüche aus § 6 Abs. 2 und 4 VermG?
31. Abgeordneter
Klaus Reichenbach
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung die Beschwerden über die Behandlung von Anträgen auf Unternehmensrückgabe und der Berechnung und Bezahlung von Ansprüchen nach § 6 Abs. 2 und 4 VermG durch die Treuhandanstalt, wie sie beispielsweise während der 3. Leipziger Juristentage geäußert wurden, bekannt, und wie nimmt sie Einfluß, daß die Reprivatisierung von enteigneten Unternehmen durch die Treuhandanstalt wohlwollend begleitet und unterstützt wird?
32. Abgeordneter
Dr. Burkhard Hirsch
(F.D.P.)
- Ist der Bundesregierung etwas darüber bekannt, daß Dienstvorgesetzte, insbesondere von überzähligen Zollbeamten, deren Bewerbung an das Bundesamt für die Anerkennung von Flüchtlingen behindern, um zum eigenen Nutzen eine Veränderung der gegenwärtigen Stellenkegel zu verhindern?
33. Abgeordneter
Dr. Burkhard Hirsch
(F.D.P.)
- Ist die Bundesregierung diesen in der Debatte des Deutschen Bundestages vom 30. April 1992 zum Asylverfahrensgesetz aufgestellten Behauptungen nachgegangen und mit welchem Ergebnis?
34. Abgeordnete
Dr. Christine Lucyga
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Treuhandanstalt die zur Ölschadensbekämpfung vor der mecklenburg-vorpommerschen Ostseeküste speziell geeigneten Schiffe und Geräte sowie die seinerzeit besonders dafür angeschafften Hochseesperren an ausländische Erwerber verkauft hat, so daß das Land Mecklenburg-Vorpommern im Falle einer Ölpest an der Ostseeküste völlig handlungsunfähig wäre?

35. Abgeordnete
**Dr. Christine
Lucyga**
(SPD)
- Wie will die Bundesregierung durch geeignete Ersatzleistungen sicherstellen, daß Gefährdungen der norddeutschen Ostseeküste durch Ölpest abgewendet werden, und daß außerdem das für die wirtschaftliche Entwicklung der nordostdeutschen und mitteldeutschen Region immens wichtige Projekte des Rostocker Ölhafens nicht durch diese zusätzlichen Schwierigkeiten in Frage gestellt wird?
36. Abgeordneter
**Horst
Kubatschka**
(SPD)
- Was unternimmt die Bundesregierung, um die Gesundheitsgefährdung von Zollbeamten durch eingeatmete Kfz-Abgase bei der Abfertigung so gering wie möglich zu halten?
37. Abgeordnete
**Birgit
Homburger**
(F.D.P.)
- Welche Entscheidungsbefugnis haben die Außenstellen der Treuhandanstalt in bezug auf die Übergabe von Betrieben an den Berechtigten in den Fällen, in denen aufgrund eines Feststellungsbescheides eines Landesamtes zur Regelung offener Vermögensfragen die Rückübertragungsansprüche des Berechtigten feststehen und trifft es zu, daß in Fällen, in denen bereits eine Einigung zwischen dem Berechtigten und dem zuständigen Vertreter der Außenstelle der Treuhandanstalt über die Art und Weise der Übergabe des Betriebes und der Betriebsgrundstücke an den Berechtigten stattgefunden hat, die Übergabe in der Regel deswegen nicht erfolgt, weil der Vertreter der Außenstelle der Treuhandanstalt nicht berechtigt ist, die ausgehandelte Vereinbarung zu unterzeichnen?
38. Abgeordnete
**Birgit
Homburger**
(F.D.P.)
- Trifft es zu, daß von der Treuhandanstalt in Berlin bei Übergabeverträgen zwischen den Rückübertragungsberechtigten und der Treuhandanstalt grundsätzlich keine Klauseln akzeptiert werden, mit denen eventuelle gegenseitige Entschädigungsansprüche mit Unterzeichnung des Übergabeprotokolls erledigt sind, und welche finanziellen Folgen sind hierdurch für die Bundesrepublik Deutschland durch zu erwartende Entschädigungsansprüche der Rückübertragungsberechtigten zu erwarten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

39. Abgeordneter
**Erich G.
Fritz**
(CDU/CSU)
- Auf welchem Stand sind die Bemühungen der Bundesregierung um eine europaweit einheitliche Exportkontrolle für verteidigungstechnische oder militärisch nutzbare Waren, Technologien und Dienstleistungen?
40. Abgeordneter
**Erich G.
Fritz**
(CDU/CSU)
- Wie ist der Stand der Einrichtung des vom EG-Sondergipfel im April 1991 angeregten UNO-Registers, in das alle Waffenlieferungen an fremde Länder aufgenommen werden sollen, und wie beurteilt die Bundesregierung die Wirksamkeit eines solchen Registers?
41. Abgeordneter
**Joachim
Gres**
(CDU/CSU)
- Wann wird der Erfahrungsbericht über die Förderung des Hospitierens von Freiberuflern aus den neuen Bundesländern bei Freiberuflern aus den alten Bundesländern vorliegen, den der Bundesminister für Wirtschaft, Jürgen W. Möllemann, in seiner Rede am 20. Juni 1991 vor dem Bundeskongreß der freien Berufe angekündigt hat?
42. Abgeordneter
**Joachim
Gres**
(CDU/CSU)
- Ist im Hinblick auf die Bereitschaft der Bundesrepublik Deutschland, den mittel- und osteuropäischen Ländern sowie der GUS durch Beratung bei dem Aufbau der Marktwirtschaft wirksam zu helfen, daran gedacht, auch das Hospitieren von freiberuflichen Existenzgründern aus den mittel- und osteuropäischen Ländern sowie der GUS bei Freiberuflern aus den alten Bundesländern zu fördern?
43. Abgeordneter
**Günter
Verheugen**
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung über den Fall SITRA hinaus weitere Kenntnisse über die Behinderung der Geschäftstätigkeit deutscher Unternehmen in Kamerun durch Behörden der Republik Kamerun vor?
44. Abgeordneter
**Günter
Verheugen**
(SPD)
- Welche Schritte gedenkt die Bundesregierung gegenüber der Republik Kamerun einzuleiten, um den Schutz deutscher Staatsbürger und ihres Eigentums in Kamerun sicherzustellen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit
und Sozialordnung**

45. Abgeordneter
**Dr. Ulrich
Briefs**
(fraktionslos)
- Wann gedenkt die Bundesregierung, Frauen, die von dem Nazi-Regime verfolgt wurden und ins Ausland, zum Beispiel nach Palästina, flüchten mußten, und die wegen der Verfolgung durch die deutschen Faschisten ihre Kinder im Asylland geboren haben, die entsprechende Erziehungszeit in der Rentenversicherung anzurechnen, wie dies derzeit zum Beispiel auch bei denjenigen Frauen geschieht, die aktiv an der Judenverfolgung und am Völkermord in Deutschland teilgenommen haben?
46. Abgeordneter
**Dr. Ilja
Seifert**
(PDS/Linke Liste)
- Wie und in welchen Zeiträumen will die Bundesregierung die im „Düsseldorfer Appell“ formulierte und auf dem europaweiten Protesttag am 5. Mai 1992 in mehr als 60 Städten deutlich bekräftigte Anregung fast aller Behindertenorganisationen, das Diskriminierungsverbot von Menschen mit Behinderungen durch eine Ergänzung des Grundgesetzes Artikel 3 Abs. 3 durch den Zusatz, „... daß niemand auf Grund seiner körperlichen, geistigen oder seelischen Eigenschaften bevorzugt oder benachteiligt werden darf“, aufgreifen und umsetzen?
47. Abgeordneter
**Dr. Ilja
Seifert**
(PDS/Linke Liste)
- Wie und durch welche Gremien will die Bundesregierung diese europaweite Forderung in die Verhandlungen zur Verwirklichung des europäischen Einigungsprozesses einbringen?
48. Abgeordneter
**Horst
Kubatschka**
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß im Bausektor inländische Arbeitnehmer kurzarbeiten, während Arbeitnehmer aus osteuropäischen Reformstaaten, die über Werkverträge beschäftigt sind, Überstunden leisten, und was wird sie dagegen unternehmen?
49. Abgeordneter
**Ludwig
Stiegler**
(SPD)
- Wie viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den osteuropäischen Staaten können derzeit im Rahmen sogenannter Werkvertragsabkommen in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt werden, und in welchem Umfang sind die Kontingente derzeit ausgeschöpft?

50. Abgeordneter
**Ludwig
Stiegler**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen der Werkvertragskontingente, und was wird sie unternehmen, um die regionale Konzentration der Beschäftigung aus Werkverträgen zu verhindern?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

51. Abgeordneter
**Hans
Wallow**
(SPD)
- Welche konkreten Ergebnisse bzw. Planungen der Zusammenarbeit wurden anlässlich des Besuches des Verteidigungsministers von Uruguay mit dem Land vereinbart?
52. Abgeordneter
**Siegmar
Mosdorf**
(SPD)
- Wie viele Wehrpflichtige gab es im Jahr 1991?
53. Abgeordneter
**Siegmar
Mosdorf**
(SPD)
- Wie viele davon wurden zur Bundeswehr gezogen, haben Zivildienst geleistet und mußten weder Wehrdienst noch Zivildienst leisten?
54. Abgeordnete
**Edelgard
Bulmahn**
(SPD)
- Wie viele Gesuche um Überlassung von Lkw aus Beständen der ehemaligen NVA sind 1991 und 1992 gestellt worden, und wer waren die Antragsteller?
55. Abgeordnete
**Edelgard
Bulmahn**
(SPD)
- Wie viele Anträge um Überlassung von Lkw aus Beständen der ehemaligen NVA sind 1991 und 1992 bewilligt worden, und wer waren die Antragsteller?
56. Abgeordneter
**Gernot
Erler**
(SPD)
- Welche Auswirkungen wird der Aufbau des in La Rochelle beschlossenen Deutsch-Französischen Armeekorps auf die bisher bestehende Deutsch-Französische Brigade und ihre Stationierung haben?
57. Abgeordneter
**Gernot
Erler**
(SPD)
- Wo und in welchem Umfang sollen Einheiten des Deutsch-Französischen Armeekorps in Deutschland und Frankreich stationiert werden?

58. Abgeordnete
**Dr. Elke
Leonhard-Schmid**
(SPD)
- Welche konkreten Maßnahmen wird die Bundesregierung in bezug auf die militärischen Flugplätze Bitburg und Spangdahlem treffen, um extremer Lärmbelästigung der Bevölkerung außerhalb angekündigter Manöver, der Nichteinhaltung zugesagter Mittagspausen im Flugbetrieb und Triebwerksprüfungen im Freien entgegenzuwirken?
59. Abgeordnete
**Dr. Elke
Leonhard-Schmid**
(SPD)
- Welche exakten Daten, die die Gesamtbelastung der Bevölkerung im Bereich der militärischen Flugplätze Bitburg und Spangdahlem durch Fluglärm und Triebwerksprüfungen im Freien erfassen, liegen der Bundesregierung derzeit vor?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Frauen und Jugend

60. Abgeordneter
**Dr. Jürgen
Meyer**
(Ulm)
(SPD)
- Trifft es zu, daß den Stadt- und Kreisjugendringen oder vergleichbaren Ausschüssen und Arbeitsgemeinschaften derzeit keine Zivildienstleistenden zugewiesen werden, und wie wird dieses begründet?
61. Abgeordneter
**Dr. Jürgen
Meyer**
(Ulm)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, eine Informationsbroschüre herauszugeben, durch welche die in der Jugendarbeit Tätigen umfassend darüber informiert werden, welche Mittel sie auf welche Weise für ihre Arbeit aus europäischen Töpfen beantragen und erhalten können?
62. Abgeordneter
**Dr. Peter
Ramsauer**
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, in welchem Ausmaß in den neuen Bundesländern nach wie vor die zu DDR-Zeiten übliche „Jugendweihe“ praktiziert wird?
63. Abgeordneter
**Dr. Peter
Ramsauer**
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß mit der Jugendweihe weiterhin sozialistisches DDR-Erbe gepflegt und dies möglicherweise unter Verwendung von materieller Hilfe aus öffentlicher Hand?

**64. Abgeordnete
Renate
Jäger
(SPD)**

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung zu verhindern, daß eine Vielzahl der Einrichtungen der Kinder- und Jugendbetreuung in den östlichen Bundesländern, die der Treuhand-Liegenschaftsgesellschaft unterstellt sind, geschlossen werden muß, weil Träger der freien Jugendhilfe auf Grund der finanziellen Notlage nicht imstande sind, die Miet- bzw. Pachtzinsen zu entrichten?

**65. Abgeordnete
Renate
Jäger
(SPD)**

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung zu verhindern, daß Einrichtungen der Kinder- und Jugendbetreuung in den östlichen Bundesländern von der Treuhandanstalt zweckentfremdet verkauft werden, weil Träger der freien Jugendhilfe den Kaufpreis nicht selbst aufbringen können?

Bonn, den 29. Mai 1992